

Was bisher geschah ...

Am 24. Februar 1999 hat das österreichische Parlament die (damals noch eigenständigen) Bundesministerien für Wissenschaft und Verkehr sowie für Unterricht und Kunst aufgefordert, einen – Zitat – »Ideenwettbewerb auf breiter Basis« zur Errichtung eines »Hauses der Toleranz« bzw. eines »Hauses der Geschichte« auszuschreiben. Statt dessen präsentierte jedes der Ministerien (im Juni bzw. Oktober 1999) eine eigene Auftragsstudie. (Anton Pelinka u. a.: Haus der Toleranz, BMfWV; Stefan Karner / Manfred Rauchensteiner: Haus der Geschichte der Republik Österreich, BmfUK)

Bereits im Juni dieses Jahres hatte sich in der Wiener Stadtzeitung *Falter* eine heftige Kontroverse zwischen Albert Müller und Siegfried Mattl einerseits und Anton Pelinka andererseits um die kulturellen und politischen Implikationen einer Musealisierung der Zeitgeschichte entsponnen, die im Oktober, nach Präsentation der Machbarkeitsstudie von Karner/ Rauchensteiner, mit breiter Beteiligung von Historiker/innen (Michael Mitterauer, Helmut Konrad, Gerhard Botz u. a.) vor allem in der Tageszeitung *Der Standard* eine Fortsetzung fand.

Im November 1999 protestierten die Vorstände aller universitären Geschichte- und Zeitgeschichteinstitute gegen die Vorgangsweise der beiden Ministerien: So sehr die Bereitschaft des österreichischen Nationalrats begrüßt wurde, die breite öffentliche Präsentation zeitgeschichtlich relevanter Forschung zu fördern, so sehr widersprächen Inhalt und Prozedere der beiden Machbarkeitsstudien der zwingenden Forderung nach Pluralität und Wissenschaftlichkeit; man hatte den Eindruck, hier solle dem »Repräsentations- und Rechtfertigungsbedürfnis des Staates und der Parteien« nachgekommen werden. Eine vom Institut für Zeitgeschichte in Wien organisierte Enquete, die repräsentativ Wissenschaftler/innen, Kulturproduzenten und Museumsexperten versammelte, bestätigte im Großen und Ganzen diese Haltung. Die Auflösung der Koalition von SPÖ und ÖVP im Jänner 2001 machte der Debatte vorerst ein Ende, nachdem die beiden zuständigen Minister zuvor noch ohne Rücksichtnahme auf die Proteste die Autoren der beiden Machbarkeitsstudien zu einem gemeinsamen Konzept verpflichten wollten.

Ein von allen politischen Parteien gemeinsam getragenes Projekt eines Zeitgeschichte-Museums ist unwahrscheinlich, seitdem die SPÖ in einer Enquete im Parlament am 2. Oktober 2001 ihr Abrücken davon signalisiert hat. Dennoch plant

das BMfBWK, wie eine Anfrage der Grünen im Kulturausschuss am 7. 11. 2001 zutage gefördert hat, auf Vorschlag von Stefan Karner und Manfred Rauchensteiner eine Tagung im Frühjahr 2002, deren Ziel (Anfragebeantwortung durch BM Gehrler) die »Errichtung eines Hauses der Geschichte der 2. Republik« sei. Auch in den Medien taucht das Zeitgeschichte-Haus in vielen Varianten immer wieder auf, etwa im *Falter* (Nr. 43/2001) als Neunutzung des Palais Epstein oder durch die Stellungnahmen des Wiener Restitutionsbeauftragten, der eine Teilkompetenz dafür reklamiert und den Platz vis-à-vis des Funkhauses genannt hat.